

First co-signatories:



VON EUROPA NACH BRÜSSEL:

Nein zur GEAS-Verschärfung!

Für Widerstand und Solidarität,
gegen Europas unmenschliche
Migrations- und Asylpolitik!

Kundgebung, 10. April 2024, 15:00 – 18:00 Uhr

📍 Place du Luxembourg

Am 10. April stimmt das EU Parlament final über die sogenannte GEAS-”Reform” und damit über massive Asylrechtsverschärfungen ab. Die finale Abstimmung hat einen reinen Symbolcharakter, die politische Entscheidung, die GEAS-Verschärfungen durchzusetzen, ist längst beschlossen. Sie werden katastrophale Folgen für das Leben von Menschen auf der Flucht in Europa und über Europa hinaus haben und die grausamsten und repressivsten Praktiken institutionalisieren.

Wir rufen zu einer gemeinsamen **Demonstration am 10. April um 15 Uhr auf dem Place du Luxembourg vor dem EU-Parlament in Brüssel** auf. Zeitgleich zur Abstimmung über die Asylrechtsverschärfungen.

Wir werden nicht still sein oder den systematischen Abbau von Menschenrechten in Europa einfach so hinnehmen. Zusammen mit Betroffenen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Kollektiven und internationalen Menschenrechtsorganisationen werden wir vor Ort sein und unsere Stimme erheben, um die Staats- und Regierungschefs der EU und die politischen Entscheidungsträger zu konfrontieren, die dieses abscheuliche, mit den Grundrechten unvereinbare Abkommen unterstützen.

Wir sind von der Würde und Wertigkeit eines jedes Menschen überzeugt, unabhängig von ethnischer Zugehörigkeit, Hautfarbe, Geschlecht, sexueller Orientierung, religiöser Überzeugung, Nationalität oder politischer Überzeugung und solidarisieren uns mit den Betroffenen dieser ungerechten und grausamen Politik.

Über alle Grenzen hinweg stehen wir gemeinsam an der Seite von Menschen auf der Flucht, Migrant*innen und Asylsuchenden und werden weiter für Gerechtigkeit und Menschenwürde kämpfen. Unsere gemeinsame Menschlichkeit überwindet geografische Grenzen. Wir halten stand und kämpfen weiter für eine gerechte und solidarische Zukunft.

WARUM WIR MOBILISIEREN?

Durch die Verschärfung wird ein System geschaffen, in dem das Recht, in der EU Asyl zu beantragen, ernsthaft bedroht ist und das einen massiven Anstieg von Menschenrechtsverletzungen gegen Menschen in ganz Europa aufgrund ihres Migrationsstatus begünstigt. Diese neuen Rechtsvorschriften werden zu einem neuen System der "Migrationssteuerung" in der EU führen, das gekennzeichnet ist durch:

1. De facto Inhaftierung an den Außengrenzen ohne Ausnahmeregelungen für Familien mit Kindern jeden Alters, beschleunigte und unzureichende Verfahren zur Prüfung von Asylanträgen anstelle einer umfassenden und fairen individuellen Prüfung sowie die Fokussierung auf Rückführungsverfahren mit verminderten Schutzmaßnahmen.
2. Eine erhebliche Zahl von Asylsuchenden wird in Grenzverfahren festgehalten und aufgrund der sogenannten 'Fiktion der Nichteinreise' als nicht im EU-Gebiet eingereist gelten, was den Grad des zustehenden Schutzes herabsetzt und so das Risiko von Menschenrechtsverletzungen und Zurückweisungen an den Grenzen erhöht. Sogar unbegleitete Kinder können im Rahmen von Grenzverfahren inhaftiert werden, wenn die nationalen Behörden sie als 'Gefahr für die nationale Sicherheit oder die öffentliche Ordnung' betrachten. Darüber hinaus hat die Erfahrung gezeigt, dass die Unterbringung großer Menschenmengen in Grenzgebieten über einen längeren Zeitraum zu chronischer Überfüllung und unmenschlichen Bedingungen führt, wie auf den Ägäischen Inseln zu beobachten ist.
3. Durch die Ausweitung des Prinzips des 'sicheren Drittstaates' werden Asylsuchende für unzulässig erklärt und zunehmend in Länder außerhalb der EU auf Basis eines weit gefassten Begriffs des Drittstaatenbezugs abgeschoben, was das Risiko von Refoulements erhöht. In der Vergangenheit hat sich dies in gescheiterten Abkommen wie dem EU-Türkei-Deal manifestiert, bei dem die Bearbeitung von Asylanträgen in Drittstaaten ausgelagert wurde.